

Laibacher Zeitung.

Nr. 151. Samstag, 4. Juli 1868.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreich und der Schwerpunkt im Osten.

Die mailänder „Perseveranza“ bespricht in einem längeren Artikel die Grundzüge der Politik, welche das Königreich Italien gegenüber der serbischen Frage zu befolgen habe, und kommt zu dem Resultate, daß es Italiens Aufgabe sei, die österreichische Politik in den Pändern an der unteren Donau mit seinem ganzen Einflusse zu unterstützen. Die Gegenätze, welche in der Haltung Rußlands und Oesterreichs zu der serbischen Frage liegen, werden sehr eingehend erörtert und finden ihre Erklärung in der verschiedenen Stellung dieser beiden Mächte zu der orientalischen Frage. Rußland ist der ewige Störenfried, welcher diese Frage in Fluß bringen will, um im Trüben zu fischen und eines Tages die Erbschaft der Türkei anzutreten, Oesterreichs Absichten dagegen sind nur darauf gerichtet, den Status quo in jenen Pändern, so weit dies möglich ist, aufrechtzuerhalten und die endgiltige Lösung der orientalischen Frage auf ferne, kommende Zeiten zu vertagen. Rußland, im mittelbaren oder unmittelbaren Besitze der unteren Donauländer, ist eine beständige Gefahr für den europäischen Frieden, ein österreichisches Donauraich ist nicht nur keine Gefahr, sondern vielmehr eine Garantie für den Frieden Europa's.

Wir wären ganz einverstanden mit dieser Charakteristik Rußlands und Oesterreichs, wäre nicht gleichzeitig unserem Staate einstige Gebietserweiterung an der unteren Donau in Aussicht gestellt und hiermit nicht die unleugbare Gefahr verbunden, daß sich aus diesem „Donauösterreich“ („Austria sul Danubio“) ein Staat von beinahe ausschließlich slavischen Gepräge entwickle. Wir vermögen uns eben nicht zu der Anschauung zu bekennen, daß eine Vergrößerung Oesterreichs in der angegebenen Richtung unserem Staate zum Heile gereichen werde. Graf Bismarck war der Erste, welcher Oesterreich den Rath gegeben hat, seinen Schwerpunkt nach Osten zu verlegen, mit anderen Worten, die Pänder an der untern Donau zu annexiren und ein mächtiges Donauraich mit dem Mittelpunkte Pest zu gründen. Theilweise haben wir diesen Rath bereits befolgt, denn die Zweitheilung des Reiches ist nichts anderes, als die Verlegung des halben Schwerpunktes nach Pest. Allein ein weiteres Vorgehen in dieser Richtung würde nach unserer Ansicht gleichbedeutend mit einem Zerfalle der österreichischen Monarchie sein. Ob sich nach einer Zerstümmung Oesterreichs mit politischer Nothwendigkeit ein mächtiges Reich an der untern Donau bilden müsse, darüber sind die Meinungen sehr getheilt. Das eine steht fest, daß dieses in Aussicht gestellte Donauraich in erster Linie ein Slavenreich sein und als solches der russischen Politik im Oriente gewiß nicht feindlich gegenüberstehen wird. Und doch will ja die „Perseveranza“ das Einhalten einer Politik, welche den europäischen Störenfried Rußland in seiner orientalischen Politik vollständig lahm legt.

Es lohnt bei dieser Gelegenheit wohl der Mühe, den Grund näher zu beleuchten, aus welchem das genannte mailänder Blatt die Bildung eines mächtigen Oesterreichs an der unteren Donau befürwortet. Die Vergrößerung der österreichischen Monarchie nach Süden und Osten würde es diesem Staate erlauben, schreibt die „Perseveranza“, jene Gebietstheile abzutreten, in welchen sich jetzt schon centrifugale Tendenzen bemerkbar machen und in der Folge in noch höherem Grade und nach verschiedenen Richtungen bemerkbar machen werden. Wir haben es also wieder mit dem Nationalitätsprincip zu thun, welchem Italien seine Wiedergeburt zu danken hat, und erfahren, daß der Magnete für die centrifugalen Tendenzen in Oesterreich schon mehrere sind. Es werden zwar die Nationen nicht genannt, welche diese centrifugalen Tendenzen nähren, allein wir gehen kaum fehl mit der Annahme, daß hierunter Italiener und Deutsche gemeint sind, da das bezeichnete Organ der liberalen Partei in Italien keinen Augenblick darüber in Zweifel sein wird, daß die in Aussicht gestellte Vergrößerung Oesterreichs eine Suprematie des slavischen Elements und mit dieser ein Aufhören der gegenwärtig von einigen slavischen Stämmen etwa genährten centrifugalen Tendenzen herbeiführen würde.

Wir wollen von den Tendenzen der sogenannten Italianissimi gänzlich absehen, so sehr wir die Ereignisse beklagen, welche in der letzten Zeit in Südtirol

vorgefallen sind und in einem nicht zu leugnenden Zusammenhange mit den Plänen der italienischen Actionspartei stehen. Nur einige Bemerkungen bezüglich ähnlicher Tendenzen, welche den Deutschen in Oesterreich möglicher Weise in die Schuhe geschoben werden, mögen uns gestattet sein.

In dieser Beziehung haben wir vor allem zu constatiren, daß sich das mailänder Blatt in einem sehr bedeutenden Irrthume befindet. Wir wünschen ein mächtiges Donauösterreich, das kann man ungefähr zwischen den Zeilen der „Perseveranza“ lesen, weil die Italiener und Deutschen in Oesterreich dann die Möglichkeit haben, sich mit ihren Sprach- und Stammesgenossen in Italien und Deutschland zu vereinen. Allein Grund und Folge werden hierbei mit einander verwechselt. Umgekehrt wäre der Satz richtiger: die Deutschen in Oesterreich werden von dem Augenblicke an die ihnen zur Last gelegten centrifugalen Tendenzen nähren, wenn die Verlegung des Schwerpunktes der österreichischen Monarchie nach Osten die Bildung eines Donauösterreichs zur Folge haben wird, welches mit dem früheren Oesterreich nichts gemein hätte als den Namen, in Wirklichkeit aber nichts anderes wäre als die Errichtung eines dem russischen Einflusse unterthanen slavischen Donauraiches. Eine solche Auffassung steht auch jedenfalls in größerem Einklange mit dem erwähnten freundschaftlichen Rathe des Grafen Bismarck.

Unsere Politik im Oriente und an der unteren Donau ist uns genau vorgezeichnet. Erhaltung des Status quo heißt die von Oesterreich in Gemeinschaft mit den Westmächten ausgegebene Lösung. Was darüber hinausgeht, ist von Uebel. Jede Erweiterung eines Ländergebietes an der unteren Donau würde, abgesehen davon, daß der Status quo dadurch aufgehoben würde, für Oesterreich die Suprematie des slavischen Elementes zur Folge haben und mithin für unseren Staat der Anfang des Endes sein. Die verschiedenen Nationalitäten in Oesterreich werden sich mit der Zeit vertragen lernen, sie werden wieder friedlich nebeneinander leben, wie sie dies in früheren Zeiten gethan haben, das Nationalitätsprincip, dessen buchstäbliche Ausführung eine Unmöglichkeit ist, wird viel von seinem berauschenden Zauber verlieren und die Kräftigung und der Ausbau unserer constitutionellen Freiheiten wird der beste Kitt sein, um die Stämme und Völkerschaften unseres Vaterlandes zu vereinen und jede centrifugale Tendenz schon im Keime zu ersticken. (Tr. Ztg.)

Prinz Napoleon in Bukarest.

Bukarest, 26. Juni. Der Besuch des Prinzen Napoleon dürfte den Erwartungen der Rumänen nicht ganz entsprochen haben. Fürs erste dauerte der Besuch in der walachischen Hauptstadt nicht einmal 36 Stunden, denn der Prinz kam Mittwoch Nachmittags an und setzte seine Reise bereits in der Nacht zum Freitag fort; fürs zweite war der Prinz mit dem geräuschvollen Empfang, für den sich die Regierung in bedeutende Kosten gestürzt hatte, keineswegs zufrieden, weil er den lebhaften Wunsch hatte, sein Incognito zu bewahren, und endlich war die Aufnahme, deren sich Herr Bratiano und Genossen zu erfreuen hatten, keineswegs so warm, als sie nach den früheren Begegnungen im Palais Royal voraussetzen mochten.

Der Ministerpräsident Golesto war dem Better des Kaisers Napoleon bis zur Landesgrenze nach Turn-Severin entgegengeeeist, woselbst er ihn seit sieben Tagen erwartete. In Giurgevo wurde der Prinz von dem ersten Dragoman der französischen Botschaft in Constantinopel, Herr Dubreh, namens derselben begrüßt. Ebenso von dem Bukarester General-Consul Herrn Milinet. Auch der Minister Bratiano machte dem Prinzen in Giurgevo, noch bevor derselbe den Dampfer verließ, seine Aufwartung. Die Stadt Giurgevo war reich mit Fahnen, Ehrenporten etc. decorirt, wofür dieselbe das hübsche Stämmchen von 6000 Ducaten ausgegeben hatte. Dieselben Anstrengungen hatte die Hauptstadt Bukarest gemacht und für dieselben, inclusive der Beleuchtung der öffentlichen Gebäude, an 10.000 Ducaten ausgegeben. Die Fahrt von Giurgevo nach Bukarest wurde mit einer Geschwindigkeit zurückgelegt, welche den Gast, wie er selbst sagte, die Eisenbahn nicht vermissen ließ. Die Entfernung von beinahe 10 deutschen Meilen wurde in 3 1/2 Stunden überwunden. Leider warf dabei der Wagen des Dragoman der französischen Botschaft, in welchem sich auch der Dragoman des General-

Consulats, Herr Grabovitsch, befand, um und letzterer wurde ziemlich bedenklich verlegt. Doctor Beranger legte demselben den ersten Verband an. (Pr.)

Oesterreich.

Wien, 3. Juli. (Sanctionirte Gesetze.) Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das Gesetz über die Erbfolge bei Bauerngütern, die Vollzugsverordnung in Ehesachen und die Verordnung, wodurch das Verbot von Theatervorstellungen auf fünf Tage im Jahre beschränkt wird, nämlich auf die drei letzten Tage der Charwoche, den Feohleichnamstag und den 24. December.

Prag, 30. Juni. (Meeting. — Sternbergfeier.) Sonntag den 28. Juni sollten zwei Volksversammlungen, die eine auf Chlum bei Königgrätz, die andere auf dem Berge Blanik bei Blaschowitz abgehalten werden. Obgleich beide Versammlungen behördlich untersagt worden waren, hatten sich doch an beiden Orten zahlreiche „Ausflügler“ eingefunden. Wie man der „Prager Zeitung“ aus Königgrätz berichtet, waren an 3000 Menschen auf Chlum gekommen, von einzelnen Gruppen wurden Volkslieder gesungen, lärmende Slavas auf die slavischen Führer und die Nation ausgebracht und schließlich, als die Massen schon auseinandergingen, wurde auch noch ein Exceß verübt, indem der Kreisbesitzer Statthaltereirath Smolarz während eines Privatgespräches von einem Insassen aus Libcan rücklings thätlich insultirt wurde. Statthaltereirath Smolarz erhielt, während er mit Dr. Stroß aus Nechanic sprach, unter dem Rufe: „Na zdar spehoune“ (Glück auf, Spion) von rückwärts einen Schlag und halbbetäubt sich aufrichtend, einen zweiten Schlag durch den Hut auf den Kopf. Auf dem Berge Blanik waren etwa 5 bis 6000 Menschen mit fünf Musikbänden erschienen, die sich das Vergnügen machten, unter Musikklängen herumzuziehen, zu singen und Slava's zu rufen. Es wurde übrigens daselbst nicht der geringste Exceß verübt und bei kühler und regnerischer Witterung bereits um 5 Uhr Nachmittags der Rückweg angetreten. Am Sonntag hat in Ober-Stupno bei Radniz die Gedächtnisfeier am Grabe des Grafen Caspar Sternberg unter großer Theilnahme stattgefunden. Den „Mar. List“ berichtet man darüber: Im Zuge fanden sich Bänderien, Vergnappener, Gewerbege nossenschaften, Musikvereine, Gesangsvereine, Sokole, das Radnitzer Schützencorps, Deputationen des Museums, mehrere Gemeinden, Vereine etc., die Geistlichkeit, geladene Gäste, Kranzjungfrauen etc. An dem geschmückten, von den Fahnen aller Anwesenden umrahmten Grabe hielten der Rokuzaner Bezirksobmann Dechant Kasper und Franz Palachy Reden. Auf das Grab des Museumsgründers wurden sieben Vorberkranze niedergelegt.

Ausland.

Udine, 1. Juli. (Grenzstreitigkeiten.) Aus Cividale schreibt man der „G. di Udine“, daß an der Grenze häufig Streitigkeiten zwischen den Pandenten des venetianischen und des illyrischen Friaul (mit letzterer Bezeichnung ist wohl die Grafschaft Görz gemeint) vorkommen. Es wird deshalb die Verlegung einer kleinen Garnison nach Cividale befürwortet.

St. Petersburg, 1. Juli. (Dementi.) Das „Journal de St. Petersbourg“ tritt dem Gerüchte entgegen, daß Rußland die Candidatur des Fürsten von Montenegro für den serbischen Thron unterstützte, und erklärt kategorisch, daß das kaiserliche Cabinet sich seit dem Attentate für eine stricte und loyale Ausführung der internationalen Stipulationen, welche das serbische Wahlrecht verbürgen, so wie gegen jede fremde Einmischung offen ausgesprochen habe.

Belgrad, 2. Juli. (Fürstengewahl.) Um halb 10 Uhr verkünden Kanonendonner und Glockengeläute, daß die Stupschina Milan Obrenovics IV. als Fürsten von Serbien proclamirt hat. Es herrscht allgemeiner Jubel. Die Trauerfahnen wurden abgezogen und nationale Fahnen aufgepflanzt. Die Stadt ist in festlicher Schmucke. Der Fürst fuhr, von Volkscavallerie begleitet, nach Topshider, wo derselbe von der Stupschina stürmisch begrüßt wurde. In der Stupschina waren alle Consuln anwesend.

Proceß gegen den „Triglav“.

(Verhandelt bei dem k. k. Landesgerichte in Laibach am 2. Juli 1868.)

Nach stenographischen Aufzeichnungen des Herrn
Wilhelm Ritter v. Frisch.

Der Gerichtshof besteht aus einem Dreirichtercollegium.
Vorsitzender: Herr Oberlandesgerichtsrath Mataussek. Bei-
sitzer: Herren L. G. M. Heinricher und Gertscher.

Als Angeklagter erscheint Herr Peter Grasselli, 27 J.
alt, katholisch, verehelicht, Hausbesitzer, Eigenthümer, Her-
ausgeber und verantwortlicher Redacteur des in Laibach er-
scheinenden Wochenblattes „Triglav“, gerichtlich inbean-
standet.

Aus der beim Eingange der Verhandlung vorgelesenen
Anklageschrift der k. k. Staatsanwaltschaft entnehmen wir
folgende Hauptpunkte:

Die am 6. Juni l. J. erschienene Nr. 25 des „Triglav“
brachte unter dem Titel: „Unsere Deutsch-Liberalen“
einen Leitartikel, dessen Inhalt auf die sträfliche Tendenz
schließen läßt, die der deutschen Nationalität Angehörigen und
deren Führer der slovenischen Nation gegenüber zu verdächtigen.
Es wurde ihnen in überhöflicher, aufreizender Schreibweise
ein unehrenhafter Vorgang und das Bestreben, die slovenische
Nationalität zu unterdrücken, vorgeworfen. Diese Schreibweise
sei ganz geeignet, zu Feindseligkeiten gegen die deutschen
Bewohner zu verleiten; dessen bedürfte es erst keines näheren
Beweises und es sei die daraus erwachsende Gefahr um so
einleuchtender, da es ja nur eines geringen Anlasses bedürfte,
um thätliche Feindseligkeiten hervorzurufen; es sei nicht zwei-
felhaft, daß die böse Absicht darauf gerichtet war. Die
Staatsanwaltschaft sehe sich daher veranlaßt, gegen die Num-
mer 25 des „Triglav“ vom 6. Juni d. J. wegen des durch
diesen Artikel begangenen Vergehens gegen die öffentliche
Ruhe und Ordnung im Sinne des § 302 des Strafge-
setzes die strafgerichtliche Verfolgung einzuleiten. Hr. Grasselli
verweigert die Namhaftmachung des Autors. Es wurde da-
her in Gemäßheit der §§ 5, 7 und 239 St. G., des § 28
des Preßgesetzes und des § 11 des Strafverfahrens in Preß-
sachen die Strafverhandlung auf den 2. Juli 1868 ange-
ordnet. (Nach Verlesung des beanstandeten Artikels des
„Triglav“ und des mit Peter Grasselli bei dem k. k. Lan-
desgerichte Laibach am 13. Juni 1868 aufgenommenen Pro-
tocolles:)

Vorsitzender zum Angeklagten: Sie haben die Erklä-
rung abgegeben, daß Sie die Verantwortlichkeit dieses Ar-
tikels auf sich nehmen wollen; es steht Ihnen noch frei,
eine andere Erklärung abzugeben und den Verfasser zu
nennen.

Angeklagter: Ich verweise auf meine abgegebene Aus-
sage und verharre bei derselben.

B. (zum Staatsanwalt gewendet): Jetzt haben Herr
Staatsanwalt das Wort; ich ersuche Sie, die Anklage näher
durchzuführen.

Staatsanwalt: Nach der soeben von dem hohen
Gerichtshof vernommenen, wiederholt abgegebenen Erklärung
des Herrn Redacteurs Peter Grasselli, die Verantwortlichkeit be-
züglich des Artikels, welcher Gegenstand der heutigen Preßver-
handlung ist, ganz auf sich zu nehmen und den Verfasser des-
selben nicht namhaft zu machen, nach dieser Erklärung habe
ich auch heute meine Anklage ausschließlich nur auf den
Herrn Redacteur ebenso zu restringiren, wie dies bereits in
der Anklageschrift begründet worden ist.

Der soeben vorgelesene Artikel aus der Zeitschrift
„Triglav“ vom 6. Juni l. J. hat die Staatsanwaltschaft
veranlaßt, denselben gerichtlich zur Verpöschung zu bringen,
weil die Staatsanwaltschaft, strenge nur auf dem Boden
der Legalität stehend, es im öffentlichen Interesse für gebo-
ten erachtet hat, gegen diesen Artikel, und zwar bezüglich
seines Inhaltes, in Gemäßheit des § 302 St. G. einzu-
schreiten.

So wie dieser Artikel seiner ganzen Stylisirung, sei-
ner Schreibweise nach gewiß in dem Leserkreise der Zeit-
schrift „Triglav“ im allgemeinen nicht beifällig aufgenom-
men werden konnte, so glaube ich auch, daß selbst die wärm-
sten Anhänger jener Partei, deren Interesse die Zeitschrift
„Triglav“ vertritt und deren Interesse der besagte Artikel
in wuthentbrannter Weise zu vertreten sich anläßt, daß selbst
diese Anhänger den fraglichen Artikel gewiß nicht beifällig
aufgenommen, ja — ich kann dies von dem richtigen Ver-
ständniß dieser Anhänger voraussetzen — daß sie denselben
geradezu desavouirt haben. Es wurde die Anklage gegen
diesen Artikel zum Rechtshilfe derjenigen erhoben, welche
durch denselben in den Augen der nationalen Landespartei
verunglimpft und verdächtigt werden. Ebenso, glaube ich,
aber liegt es selbst im Interesse der wahren, aufrichtigen
nationalen Landespartei, daß ein solcher Artikel gerichtlich
zur Sprache komme, der durchaus nicht geeignet ist, die
wahren nationalen Interessen zu fördern, sondern vielmehr
dazu recht geeignet ist, die Gehässigkeit zu steigern und ein
ganz anderes Ziel zu verfolgen, als jene gerechten Be-
strebungen, welche durch die Staatsgrundgesetze gewähr-
leistet sind.

Wenn man den Artikel gelesen hat, so scheint der erste
stichtige Eindruck der, daß man sich kaum entscheiden kann,
ob derselbe mehr darauf berechnet war, wie in einem hu-
moristischen Journale, auf das Zwerchfell zu wirken oder auf
den Verstand, denn es kommen wirklich solche Adomontade-
den, solche Hyperbeln, solche bombastische Ausdrucksweisen in
dem Artikel vor, daß dieselben fast geeignet erscheinen, die
Lachmuskeln in Bewegung zu setzen. Ich habe es in mei-
ner Anklageschrift betont, daß ich die Anklage nicht auf ein-

zelne Sätze, nicht auf einzelne Stellen basirt haben will,
sondern vielmehr auf den Gesamteindruck des Artikels.
Allein wir müssen doch einzelne Passus, einzelne Stellen
hervorheben und jene näher beleuchten, aus welchen dann der
Gesamteindruck sich ergeben soll.

Der Ideengang des Artikels ist, wie ich denselben aus
dem ganzen Zusammenhange entnehmen kann, beiläufig fol-
gender: Der Verfasser war hoch entrüstet über gewisse Vor-
gänge, über Zeitungs-correspondenzen, die gleich nach der
Jeschza-Affaire — welche sich nun im Stadium gerichtlicher
Untersuchung befindet — in die Welt hinausposaunt wor-
den sind, die mitunter auch viel Unwahres und Gehässiges
enthalten haben; diese jedoch bilden nicht den Gegenstand
unserer heutigen Verhandlung.

Er war entrüstet über den Artikel der „Presse“ vom
29. Mai, welcher in derselben als Leitartikel erschien, und
es war die Tendenz, diesen Artikel, namentlich den Schluß
desselben ad absurdum zu führen, soferne in diesem Ar-
tikel früher von der Unmöglichkeit dieser nationalen Bewe-
gung gesprochen wird und man am Schlusse darauf hinaus-
kommt, daß die Slovenen bisher als „Nullen“ zu be-
zeichnen waren, welche sich jedoch zu Ziffern gestalten und
die Verfassung in Oesterreich im Handumdrehen begraben
können; was in dieser Beziehung der beanstandete Artikel
sagt, ist ein Abdruck dessen, was der Leitartikel der „Presse“
gebracht.

Nun also geht der höchst entrüstete Verfasser in sei-
nem Gedankengange so vor, daß er zuerst die Jeschza-Affaire
bespricht. Obwohl schon diese Besprechung mit sehr viel
bissigen Bemerkungen auf die deutsch-liberale Partei aus-
gestattet erscheint, so wollen wir dies nur in dem Sinne
nehmen, als seien diese nicht im Ganzen der sogenannten
deutsch-liberalen Partei hingeworfen, sondern nur den be-
züglichen Correspondenzlern für die auswärtigen Journale.

Nun aber kommt der Passus weiter vor, — nämlich
sub alinea 4 am Eingange —: „Ja, die haar-
sträubende Wuth der Leithammel (sic!) jener ver-
schwürenden kleinen Wühlerbände unserer Stadt etc.“
Nun es heißt, der Artikel ist im Ganzen auf die so ge-
nannte deutsch-liberale Partei hingeworfen; wenn man nun
dieselbe öffentlich als eine Wühlerbände bezeichnet, so ist
wahrlich darin nichts Befriedigendes, nichts Versöhnliches
und namentlich mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeit-
verhältnisse, auf die gegenwärtig wirklich bestehende Irrita-
tion, in einem solchen, vor das Pöbelpublikum in die Oeffent-
lichkeit geschleuderten Ausdrucke doch wahrlich nur etwas
Aufreizendes gelegen.

Es wird ferner das famose Memorandum, von der
Beischaffung seiner Unterschriften, von der Art und Weise
seiner Ueberreichung an den Landes-Chef gesprochen. Ich
übergehe das, nachdem die tatsächlichen Umstände bereits
durch eine Erklärung, die in Nr. 27 des „Triglav“ er-
schienen ist, ihre theilweise und wesentliche Berichtigung ge-
funden haben.

Es wird weiters in sehr ergötzlicher Weise dargestellt,
„daß diese winzigen Däumlinge die papierene Keule eines
„Herkules mit den großhauerischen Geberden fleghafter
„Schulsnaben zu schwingen verstehen und mit ihrem Hahnen-
„tritte die Slovenen Krains über Nacht niederstampfen zu
„können sich einbilden.“ — Nun, es liegt auch hierin
ferner ein Anwurf, daß die deutsche Partei im Laibacher
Gemeinderathe zu einer „kümmerlichen Majori-
tät“ gelangt sei. Es kann hier keinen Gegenstand der
Erörterung bilden, wie diese Majorität erlangt wurde,
aber „kümmerlich“ war sie jedenfalls nicht und sie
war auf vollkommen legalem Wege erlangt worden. Auch
dieser Passus enthält somit Verdächtigungen des Vorgan-
ges, Anspielungen auf Unlauterkeit der Gesinnungen, auf
Unlauterkeit der Vorgänge.

Der Schluß eben dieser Alinea lautet: „Alles ge-
„schieht ja, um diese Prügelsuppe zu der
„willkürlichsten Vergewaltigung und Kne-
„belung unserer Nationalität auf die schon
„längst so sehnlich herbeigewünschte Art
„desto gründlicher auszubeuten, zu der in-
„famsten Discreditirung und Brandmar-
„kung unserer Führer desto infernalischer
„zu verwerthen.“ Dies sind furchtbare Kraftausdrücke
und ich muß bekennen, daß dieser Ausdruck, eben diese Hin-
weisung auf die Vergewaltigung und Knebelung der slo-
venischen Nationalität, die doch die überwiegende große im
Land ist; daß der, der deutsch-liberalen Partei gemachte
Anwurf, als habe sie das Bestreben im Auge und in der
Absicht, die nationale Partei niederzudrücken, sie zu kne-
beln, zu entnationalisiren, überhaupt zu germanisiren, ge-
wiß so aufreizender Natur ist, daß ein solcher Anwurf, un-
ter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Publicität durch
dessen Aufnahme in ein Journal gebracht, doch gewiß den
Thatbestand des Vergehens nach § 302 St. G. begründet.

Schließlich hebe ich auch noch diese Stelle hervor,
welche gleich darauf folgt und folgendermaßen lautet: „Man
„will ja den Liberalismus und die Garantie der Nationa-
„lität ohne Rücksicht nur für sich allein, für uns aber ohne
„Rücksicht nur Sklaverei und Entnationalisirung.“ — (das
ist nur eine Wiederholung des eben Gesagten, doch bringt es
noch den sehr bedeutungsvollen Beisatz: — „um un-
„seren Boden nöthigenfalls bei passender
„Gelegenheit auch an Preußen überantwor-
„ten zu können.“ Nun, zwischen diesen Zeilen liegt
wohl noch ein viel empfindlicherer Vorwurf gegen die deutsch-
liberale Partei. Nun es eine leider sehr bedauerliche That-
sache ist, daß in unserem, früher so friedlich gewesenen Lande

sich Parteistellungen gebildet haben, und diese Thatsache
läßt sich nicht wegleugnen; es hat dieselbe ihre volle Be-
stätigung gefunden bei den Landtagswahlen, bei den Ge-
meinderathswahlen; ja, in neuester Zeit bildeten sich auch
zwei Vereine, nämlich ein „nationaler“ und ein „con-
stitutioneller“; es sind demnach zwei Parteien.

Es sind eigene Benennungen gebraucht worden, welche
jedoch die Parteien gar nicht recht kennzeichnen; man spricht
von einer nationalen und einer deutsch-liberalen
Partei. Dies sind eben Namen, um der Sache Namen
und Rahmen zu geben, allein die Ansichten und Bestre-
bungen dieser Parteien sind allerdings weit verschieden.

Nun, unter diesen Umständen sind derartige Artikel,
mögen sie nun von welcher Seite ausgehen, nicht
gleichgiltig hinzunehmen. So sah sich daher die Staats-
anwaltschaft mit Bedauern veranlaßt, gegen den „Triglav“
aufzutreten zu müssen; dieselbe würde auch, wenn in irgend
einem anderen Blatte ähnliche Angriffe auf die nationale
Partei sich ergeben würden, nicht anstehen, auch gegen ein
solches Blatt einzuschreiten. Auf diese kurze Darlegung hin
habe ich meinen Antrag begründet und ich ersuche nunmehr
den Herrn Vorsitzenden, den Herrn Redacteur über den
Ursprung des Artikels sowie über die weiteren Umstände
einzunehmen.

B. (zum Angeklagten:): Nachdem Sie die Verant-
wortung allein auf sich genommen haben, so wollen Sie
nunmehr zu derselben schreiten.

A. Hoher Gerichtshof! Ich erlaube mir vor allem
zu constatiren, daß der Anklageschrift ein wesentliches ge-
setzliches Erforderniß fehlt. Paragraph 11 des Strafverfah-
rens in Preßsachen normirt, daß die Anklageschrift die deut-
liche Bezeichnung der bezüglichlichen incriminirten Stellen der
Druckschrift zu enthalten habe. Der Anklageschrift fehlt hin-
gegen dieses Erforderniß. Die mündlichen Ausführungen,
die der Herr Staatsanwalt jetzt vorgebracht hat, können
den Mangel der Anklageschrift nicht ergänzen.

Ich erachte mich daher im Grunde gar nicht verpflich-
tet, weiter Rede und Antwort zu stehen, nachdem ich nicht
in gesetzlicher Weise geklagt worden bin, und zwar um so
weniger, nachdem mir durch die später erfolgten mündli-
chen Ausführungen die Mittel meiner Verteidigung ver-
kürzt worden sind. Wenn ich mich indessen heute in eine
weitere Verhandlung einlasse, so thue ich dies nur mit vol-
lem Vorbehalte meiner Rechte und des Protestes, welchen
ich diesfalls zu Protokoll zu nehmen bitte.

B. Der Protest wird aufgenommen, ich bitte fortzu-
fahren.

A. (fortfahrend:): Die Anklageschrift selbst gesteht zu,
daß der Artikel unsere „Deutsch-Liberalen“ eine Polemik ge-
gen den Artikel der „Presse“ vom 29. Mai l. J. sei,
daß eben dieser Artikel eine Erwiderung auf denselben
enthalte.

Meines Erachtens ist es unbedingt nothwendig, daß
der hohe Gerichtshof in die Lage komme, daß derselbe so-
wohl die Form als den Inhalt sowohl dieses angezogenen
Artikels der „Presse“ als auch eine andere Correspondenz
der Presse auf welche sich ebenfalls der Artikel des „Tri-
glav“ bezieht, kennen lerne; es ist daher unerläßlich noth-
wendig, daß dieser Artikel dem hohen Gerichtshofe bekannt
gegeben werde. Zudem ich selbst hier überreiche (händigt
denselben dem Vorsitzenden ein) bitte ich um Verlesung
und Anschluß desselben an das Protokoll.

B. Das ist also die „Presse“ vom 29. Mai? (Zum
Staatsanwalt gewendet:)

Haben Herr Staatsanwalt etwas einzuwenden?

St. A. Nein.

B. Vorerst wird also der Leitartikel der „Presse“ vom
29. Mai verlesen. — (Derselbe wird hierauf vorgelesen;
nach der Verlesung:)

Es kommt nun der zweite Artikel aus einem heraus-
gerissenen Blatte der „Presse“ zur Verlesung; von wel-
chem Datum ist derselbe? A. Derselbe dürfte vom 26sten
Mai sein. B. Also vom 26. Mai? (Auf den Artikel wei-
send.) Das Uebrige ist abhandeln gekommen. (Es wird hie-
rauf: „Ein Memorandum der Deutschen gegen die Slovenen“
zum Vortrag gebracht. Nach der Verlesung.)

B. (zum Angeklagten gerichtet): Wollen Sie in Ih-
rer Verteidigung fortfahren?

A. Der Herr Staatsanwalt hat in seinen Ausein-
setzungen den Stil, die Diction betont und hat sich an
den bombastischen Phrasen, Adomontaden, die im „Tri-
glav“-Artikel nach seiner Meinung vorkommen, gestoßen.
Ich bedauere, daß der Herr Staatsanwalt bis jetzt selbst
bei keiner Gelegenheit Anlaß gefunden hat, sich an Zeit-
ungsartikeln, die gegen die nationale Partei gerichtet sind,
in dieser Weise zu stoßen. Es ist gegen die nationale
Partei ohne allen Zweifel bedeutend Ärgeres, Beleidigen-
deres, Gehässigeres, als in diesem Artikel, vorgebracht wor-
den. Nicht ein Minimum von dem, was in jenen Artikeln
vorkommt, ist in diesem, gegen die deutsch-liberale Partei
gerichteten Artikel enthalten. Es haben Correspondenzen
in der „Presse“, „Triester Zeitung“, in der „Gra-
zer Tagespost“ und in anderen Blättern unerschöpfliches
Material in solchen Verdächtigungen gegen die nationale
Partei vorgebracht. Erst in neuester Zeit hat eines der
Wiener Witzblätter, „das Reibsen“ in einer der jüngsten
Nummern unter dem Titel: „Neue krainerische
Schmerzen“ einen Aufsatz gebracht, der das Höchste
enthält, was an Beleidigendem jemand gesagt werden kann.
Dem Herrn Staatsanwalt wird dieser Artikel bekannt sein,
da derselbe in der „Novice“ abgedruckt worden ist, und

wenn der Herr Vorsitzende es erlauben, so werden wir einzelne Stellen daraus verlesen.

B. (zum Staatsanwalt gerichtet): Haben Herr Staatsanwalt etwas zu bemerken?

St. A. Ich glaube, daß dies in der Verteidigung etwas zu weit gehen würde; wir haben ja selbst anerkannt, daß wirklich in auswärtigen, nicht der hierortigen Controle unterstehenden Blättern vieles in beleidigender, verletzender Weise auch gegen die nationale Partei vorgebracht worden ist, allein dies ist nicht Gegenstand unserer heutigen Verhandlung.

Insofern der Herr Verteidiger dieses vorbringen will, um den gereizten Styl, die gereizte Schreibweise des heute incriminirten Artikels einigermaßen zu entschuldigen, so ist, glaube ich, in dieser Richtung schon dadurch Genüge geleistet, daß der Herr Vorsitzende beide Artikel der „Presse“ zur Vorlesung bringen ließ.

Von einem Beweisantreten der Wahrheit kann im heutigen Prozesse ohnedem keine Rede sein; ich würde somit glauben, daß von einer weiteren derartigen Verlesung von Schriftstücken Umgang zu nehmen sei.

B. (zum Angeklagten): Bestehen Sie auf der Verlesung?

A. Ich beuge mich demjenigen gegenüber, was der Herr Staatsanwalt vorgebracht hat. (Fortfahrend:)

Der Herr Staatsanwalt hat selbst hervorgehoben, daß eben die zwei Artikel der „Presse“, welche früher vorgelesen worden sind, in dem Verfasser des Artikels jene Stimmung hervorgebracht haben, in der der incriminirte Artikel geschrieben worden ist. Der Herr Staatsanwalt hat dadurch selbst ein entschuldigendes Moment für einen allenfalls zu scharfen Ausdruck dieses Artikels vorgebracht. Um nun auf die einzelnen weiter vorgebrachten incriminirten Stellen einzugehen, wird vielleicht der Herr Präsident die Gefälligkeit haben, einzelne Fragen an mich zu richten.

Ich würde nur bemerken, daß mir ein Unterschied zwischen der Anklageschrift und den mündlich vorgebrachten Ausführungen des Herrn Staatsanwalts in dieser Beziehung aufgefallen ist, daß nämlich in der Anklageschrift früher von Ausfällen gegen die deutsche Nationalität, gegen die deutschen Bewohner die Rede ist, während der Herr Staatsanwalt in seinen mündlichen Ausführungen sich immer nur auf den Ausdruck: „deutsch liberale Partei“, was wirklich der Fall und nicht mit den deutschen Bewohnern zu identificiren ist, bezieht. Ueberdies ersuche ich, daß Herr Vorsitzender die Güte haben, bezüglich der incriminirten Stellen die einzelnen Fragen an mich zu richten.

B. Der Herr Staatsanwalt kann Ihnen noch umständlicher die Fragen stellen.

St. A. Wenn Herr Vorsitzender erlauben, so werde ich auf diese Bemerkung des Herrn Angeklagten antworten.

Die Anklage basiert allerdings wesentlich darauf, daß der Artikel geeignet ist, die Deutschen im Lande selbst und die Anhänger der Deutschen, die also hier von der nationalen Partei als die Deutsch-Liberalen bezeichnet werden, — es ist dies eine Bezeichnung, welche von der nationalen Partei angenommen wurde — zu verdächtigen, zu verunglimpfen, ihnen unehrliche Wege und Mittel, unlautere Absichten vorzuwerfen. Dies ist eben darin gesagt, wo (u. z. in der fünften Alinea) von willkürlicher Vergewaltigung und Knebelung unserer Nationalität die Rede ist. Nun, da bitte ich, Herr Redacteur, werden Sie doch, nachdem Sie die Verantwortung auf sich genommen haben und bekennen, daß Sie den Artikel gelesen haben, um mit der ganzen Verantwortlichkeit vor das Lesepublicum zu treten, selbst darüber nachgedacht und bemerkt haben, daß es gewiß scharf ist, den Deutschen vorzuhalten, daß sie unsere berechtigten, überwiegende Nationalität im Lande knechten, vergewaltigen wollen, nur auf eine passende Gelegenheit zur Entnationalisirung warten, uns Preußen zu überliefern. Diese Passus sind ganz geeignet, die Deutschen und deren Anhänger im Lande dem Volke gegenüber im hohen Grade zu verdächtigen. Das werden Sie doch selbst zugeben?

B. (zum Staatsanwalt): Herr Staatsanwalt haben auch Alinea 4 beanstandet, wo es heißt: „Ja, die haarsträubende Wuth der Leithammel jener verschwindend kleinen Wählerbände unserer Stadt veranlaßte sich bis zu der Tollhändler-Jdee eines wahnethörten Memorandums an das Ministerium, in welchem sie stürmisch um die sofortige Abschaffung alles nationalen Wesens in Krain mit tobendem Gepolter petitionirt, dabei aber die ehrende Benennung ruhliebender Bürger für sich beansprucht.“

St. A. Das ist auch so eine Radomontade.

B. (fortfahrend und zum Angeklagten gewendet:): Dies ist der erste Passus, den der Herr Staatsanwalt besonders hervorgehoben hat; vorerst heißt es nun, den Gesamteindruck in's Auge zu fassen, indem angegeben wurde, daß derselbe aufrege und Geschäftigkeiten zwischen den Nationalitäten zu erregen geeignet sei. Insofern wollen Sie sich nun über den beanstandeten Artikel früher äußern.

A. Bezüglich des Gesamteindrucks habe ich schon früher gesagt, daß die Bestimmung des § 11 des Pressenverfahrens hier maßgebend sein müsse, daß nur gewisse deutlich bezeichnete Stellen incriminirt sein können, daß nicht der gesamte Artikel als aufreizend oder beleidigend aufgefaßt werden kann.

B. Das ist die formelle Einwendung.

A. Im weiteren aber bemerke ich und protestire ent-

schieden dagegen, daß, meines Erachtens, in diesem Artikel irgendwo der deutsche Volksstamm in unserem Lande angegriffen sein soll. Es wohnen allerdings in unserem Lande zwei Volksstämme, der slovenische und deutsche; aber die Deutschen kann man in unserem Lande nur insofern angreifen, wenn man die Gottscheer angreift; denn die Deutschen, die zerstreut am Lande oder in den Städten wohnen, sind wohl Angehörige einer verschiedenen Nationalität, aber bilden keinen besonderen Volksstamm, und dann ist — was besonders hervorgehoben werden muß — dieser Artikel durchaus und in keiner Richtung gegen die Deutschen gerichtet, sondern nur gegen die deutsch-liberale Partei, nur gegen das Treiben jener Partei, die sich selbst die deutsch-liberale Partei nennt. Der Herr Staatsanwalt hat angeführt, daß die nationale Partei diese Bezeichnung angenommen hätte, aber die Artikel in der Presse beweisen dafür, daß diese Partei sich selbst so nennt; es kommt diese Bezeichnung deutsch-liberale Partei in dem Artikel der Presse selbst vor.

Die Ausdrücke, an welchen der Herr Staatsanwalt sich gestoßen, wie: Sklaverei, Entnationalisirung, Vergewaltigung und Knebelung sind, meines Erachtens, nur eine Antwort auf die „Presse“, wo es heißt, daß die Regierung ihr Augenmerk auf Schule und Kirche lenken sollte, daß dort der Entwicklung des nationalen Lebens Einhalt gethan werde.

Dann hat der Herr Staatsanwalt hier den Umstand hervorgehoben, daß dies ein sehr verletzender und verdächtiger Passus sei, daß die deutsch-liberale Partei bei passender Gelegenheit unser Land an Preußen überantworten würde. Ich habe dies nur als Antwort darauf aufgefaßt, daß der nationalen Partei ja auch ohne allen Grund falsche Tendenzen vorgeworfen und ihr immer Rußland und Moskau unter die Nase gerieben werden. Ich glaube, mit demselben Unrechte, mit dem uns Rußland und Moskau vorgeworfen wird, hat der Verfasser des Artikels der deutsch-liberalen Partei gegenüber den Staat Preußen angeführt. Und eben, weil in diesem Artikel nirgends der deutsche Volksstamm angegriffen wird und, meiner Meinung nach, ein solcher Angriff auch nicht beabsichtigt worden sein konnte, so geht daraus hervor, daß er nur gegen die Deutsch-Liberalen in unserer Stadt gerichtet ist und daß die Anwendung des § 302 St. G. auf das Wort: „Wählerbände“, worunter man sich nicht einen Volksstamm, sondern Jene vorstellt, welche das Feuer der Gefühligkeit schüren, aus dem Grunde keine Anwendung findet, weil dieser Paragraph nur Nationalitäten und Volksstämme schützt und dieser Artikel lediglich nur gegen eine Partei gerichtet ist. In diesem Artikel ist nirgends — wie der § 302 St. G. verlangt, — von Aufforderung, Aneiferung oder Versuchen zu Feindseligkeiten gegen die deutschen Volksstämme die Rede. Daher findet die Anwendung dieses Paragraphes auf diesen Artikel nicht statt, weil ein Angriff auf die deutsche Nationalität und den deutschen Volksstamm darin durchaus nicht beabsichtigt ist.

B. Und warum haben Sie sich so kräftiger Ausdrücke in Ihrem Artikel bedient? Gleich im ersten Absatz heißt es: „daß die Pautenschläger der sogenannten deutsch-liberalen Clique nur mitleidiger Intervention der säbelführenden Militär-Musikbände die Abwendung totaler Niederlage zu verdanken hatten“, dann im zweiten Absatz heißt es: „Man mußte resignirt zum bösen Spiele gute Miene machen, da trotz der allergründlichsten, deutscher Nation einzig eigenthümlichen Nachforschung leider keine Hirnschale auf dem Kampfsplatz aufzutreiben war.“ Dies scheint hier doch gegen die deutsche Nation gerichtet zu sein, weil dieselbe ausdrücklich darinnen genannt ist.

A. Ich glaube, dies ist nicht der Fall, denn der Artikel beginnt mit der Anführung des Treibens der Correspondenten auswärtiger Blätter und weil dem Verfasser die Idee vorgeschwebt ist, daß die Partei, welche sich die deutsch-liberale nennt, auch das Wesen der Deutschen nachzunahmen oder nachzuäffen bestrebt sei, so hat er eben die Bilder, welche er bei dieser allerdings ausführlichen und schwunghaft gehaltenen Darstellung gebrauchte, eben dem entnommen, daß die Correspondenten sich nach der Sitte der Germanen, die sie nachzunahmen streben, geberdet haben und daß sie daher auch die deutsche Nation in der Beziehung nachahmen, daß sie mit aller Grünlichkeit, welche man den Deutschen als größte Tugend anrechnet, und mit dem größten Eifer alles, was auf die Jelschza-Affaire Bezug hatte, zusammengestellt und verworther haben. Dies war die Auffassung, welche, meiner Meinung nach, den Verfasser zu diesen Ausdrücken vermochte.

B. Dann heißt es weiter: „Es wurde anstatt dessen der aus dem ersten Holze des Stintbaumes mittels aller Werkzeuge absichtlicher Verdröhung und bubenhafter Verleumdung mit Virtuosität schon längst gebrochene, so oft benährte Schand- und Lügenbecher muthig wieder hervorgeholt, um daraus den wackeren Gefinnungsgegnossen in allen feilen Blättern Cisleithaniens das Verderben der Slovenen zuzutrinken.“ — Gegen wen ist dieser Satz gerichtet?

A. Offenbar auch nur gegen die Correspondenten. Es handelt der ganze Absatz nur von dem Vorgehen der Correspondenten.

B. (fortfahrend:): „Zu gleicher Zeit setzte man alle Tüben am Befehle der behördlichen Redaction mit athenloser Hast in fieberhafte Bewegung, um die in den Masken der Bettler, der Pilger mit Karbissflasche, Stab und Muschelhut, der Bauernburche u. s. w. an der großen Action entweder als Arrangure oder als Combattanten theilhaftig

gewesenen Matadore der Slovenen herauszuschälen, und — sich wieder einmal so recht gründlich zu blamiren, was unsererseits keineswegs mit schellen Bliden des Neides angesehen wird!“ Gegen wen ist dieser Artikel gerichtet?

A. Ich glaube, ebenfalls gegen diejenigen Glieder der Partei, welche der incriminirte Artikel angestrebt hat, nämlich gegen die Correspondenten; es haben nämlich dieselben ganz offen und klar ausgesprochen, daß die Urheberchaft der Jelschza-Affaire der nationalen Partei untergeschoben ist, während die seit langer Zeit im Zuge befindliche Verhandlung meines Wissens nicht den geringsten Anhaltspunkt geliefert hat, daß diese Verdächtigungen und Beschuldigungen irgendwie begründet seien.

B. (fortfahrend:): „Ja, die haarsträubende Wuth der Leithammel jener verschwindend kleinen Wählerbände unserer Stadt veranlaßte sich bis zu der Tollhändler-Jdee eines wahnethörten Memorandums an das Ministerium, in welchem sie stürmisch um die sofortige Abschaffung alles nationalen Wesens in Krain mit tobendem Gepolter petitionirt, dabei aber die ehrende Benennung ruhliebender Bürger für sich beansprucht. Dieses bald von 200, bald von 305 höchst besteuerten (ach, wie wahr!) Bürgern Laibachs unterfertigt sein sollende Promemoria, dessen Unterschriften, wie die geschwäßrige Fama aller Orten plaudert, von vielen ohne Einsichtnahme in den Wortlaut hergegeben wurden, trugen 25 Edle Deschmaniens zum Landeschef von Krain, um dem Herrn Conrad von Epbisfeld die Impertinenz unverblümt ins Angesicht zu schleudern, daß sie sein längeres Verbleiben auf dem jetzigen Posten perhorresciren, weil er ein unfähiges Organ der ihrerseits ebenfalls blinden und zu nachsichtigen (!) Regierung sei, und daß sie ihn von diesem superflügen Gloriate ihrer Staatsweisheit, welches sie durch eine eigene Deputation direct nach Wien herbeiführen wollen, nur aus freiwilliger Etiquette in Kenntniß setzen.“ Es wird in diesem Alinea ein unlauterer Vorgang bei der Sammlung von Unterschriften angeworfen. Wem wird dieser unlautere Vorgang zur Last gelegt?

A. Es ist zu berücksichtigen, daß zur Zeit der Abfassung des Artikels weder Verfasser noch Ueberreicher des Memorandums, noch Jene bekannt waren, welche die Unterschriften gesammelt haben, daß daher weder gegen irgend welche Partei oder Persönlichkeit, noch sonst gegen eine Clique oder Comité der Vorwurf gerichtet erscheint, da niemand diese Herren kannte und selbe erst später so freundlich waren (Heiterkeit), der Welt zu verkünden, wer die Ueberreicher waren und welche die Unterschriften hergegeben haben.

B. (fortfahrend:): „Es ist denn doch nicht unerträglich zuzusehen, wie diese winzigen Däumlinge die papierene Keule eines Herkules mit den großhauerischen Geberden fleghafter Spukknaben zu schwingen verstehen und mit ihrem Hahnenstuhle die Slovenen Krains aber Nacht niederstampfen zu können sich einbilden, weil sie — zum Theile durch unsere eigene Schuld — zu einer kümmerlichen, temporären Majorität im Laibacher Gemeinderathe gelangt sind!“ Erkennen Sie nicht an, daß dies ein gegen die Deutschen gerichteter aufreizender Artikel ist, und wäre es nicht besser gewesen, das ganz auszulassen?

A. Ich habe daran nichts Anstößiges gefunden, weil in den Artikeln der „Presse“ und sonstiger Blätter eben das Gegentheil, was ja eben hier der deutsch-liberalen Partei vorgeworfen wird, enthalten ist. Wenn hier von „Germanisirung“ die Rede ist, so spricht die „Presse“ von: „Slavisirung“ der gemischten Bevölkerung; ich glaube, es ist dies nur eine Antwort auf die unbegründeten Anwürfe der Correspondenten der „Presse.“

B. (fortfahrend:): „Alles geschieht ja, um diese Prägeluppe zu der willkürlichen Vergewaltigung und Knebelung unserer Nationalität auf die schon längst so sehnlich herbeigewünschte Art desto gründlicher auszubeuten, zu der infamsten Discreditirung und Brandmarkung unserer Führer desto infernalischer zu verwerthen!“ Was hat denn dieser Passus für einen Zweck?

A. Ich glaube, daß damit der Verfasser auf den Anwurf der „Presse“ auf die Aufforderung, die nach dem Artikel der „Presse“ die Ueberreicher des Memorandums an die Regierung gestellt haben, ihr Augenmerk auf die Bestrebungen der Nationalen zu richten und einen Zaum ihnen anzulegen, antworten wollte. Ich glaube, daß diese Worte vollkommen begründet sind, beweisen ja eben die Artikel der „Presse“ am besten, da ja darin die Namen unserer Führer genannt werden und in schonungslosester Weise über sie losgezogen wird.

B. (fortfahrend:): „Man will ja den Liberalismus und die Garantie der Nationalität ohne Rücksicht für sich allein; für uns aber ohne Rücksicht nur Sklaverei und Entnationalisirung, um unsern Boden nöthigen Falls bei passender Gelegenheit auch an Preußen überantworten zu können.“

A. Ich glaube nur noch bemerken zu müssen, daß diese Ausdrücke eben dadurch zu rechtfertigen sind, weil dadurch der Parteikampf charakterisirt werden soll, weil dadurch — wie der Verfasser dieses Artikels schon angedeutet hat — hingewiesen wird, daß der letzte Zweck jener deutsch-liberalen Partei die Untergrabung des nationalen Wesens oder wenigstens die Verinträchtigung desselben sei.

B. (auf den Schlusssatz der folgenden Alinea deutend, welcher folgendermaßen lautet: „Die Regierung wird geradezu aufgefordert, gegen die slovenische und czechische Presse mit nachsichtigen Prekordonanzen zu wirtschaften; die Polizei wird in jeder Zeile mit schrillen Pfiffe avisiert, — trotzdem aber versichert uns dabei der honorable Mann in einem Athem, er gönne uns das Maß aller Freiheiten vollgerichtet

und vollgeschüttelt; trotzdem schreit er, wie der Wolf in der Fabel, der das Lamm gefressen hatte, bei jedem Schritt und Tritt, er perhorrescire uns gegenüber jede politische Einmischung, da in Slovenien ohnehin lauter — Nullen sind! Ja, aber (Gottlob!) was für Nullen? Furchtbare Nullen, welche die Verfassung in Oesterreich im Handumdrehen begraben können!! — —“:

Was nun die „Nullen“ betrifft, so ist dies bloß ein Citat aus dem Artikel der „Presse“, auf welchen eben entgegnet wurde, nur daß das Wort: „Gottlob“ hinzugefügt erscheint; was wollte damit gesagt werden?

A. Es ist schwer den logischen Gedankengang des Verfassers zu errathen; aber ich würde vielleicht nicht fehlen, wenn ich behaupte, daß er das ironisch gemeint hat. Was er gedacht, weiß ich nicht; ich glaube, es mochte, nachdem er den Vordersatz, welcher die wenig schmeichelhafte Titulatur: „Nullen“ enthält, gelesen hatte und zum Nachsage gekommen ist, ihm Besriedigung gewährt haben, Nullen von großer Bedeutung anzuführen.

B. Sie sprechen von einem Dritten; Sie sind jetzt derselbe; Sie haben die Rolle des Verfassers auf sich genommen; Sie sind mit dem Verfasser ein und dieselbe Person.

A. Ich glaube aber, bei der Beurtheilung ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß ich nicht der Verfasser bin.

B. Ja, so nennen Sie den Verfasser.

A. Ich habe meine Motive des Verschweigens bereits bei meiner ersten Einvernehmung bekanntgegeben und kann von denselben nicht abgehen.

B. Haben Sie noch etwas vorzubringen?

A. Ich will noch aufmerksam machen, daß der Herr Staatsanwalt früher den Leserkreis des „Triglav“ angeregt hat und daß es, seiner Meinung nach, möglich gewesen wäre, im Leserkreise eine Erbitterung gegen die deutsch-liberale Partei, oder, — wie es in der Anklageschrift heißt — gegen den deutschen Volksstamm hervorzubringen. Ich muß nun aufmerksam machen, daß der „Triglav“ für unsere Partei, unser Volk nicht schreibt, weil er in einer ihm fremden Sprache geschrieben ist; er ist vielmehr, wie ich seiner Zeit ausdrücklich im Programme angegeben habe, für diejenigen geschrieben, welche der slovenischen Sprache nicht mächtig sind oder wünschen, ein anderes Blatt als die „Presse“, die „Trieftener Zeitung“, die „Tagespost“ zu lesen, und zwar um diesen Leuten die Rechte jenes Wildes zu zeigen, welches ihnen in slovenfeindlichen Blättern entgegengehalten wird. Es ist nicht möglich, daß der Artikel des „Triglav“ in unserem Volke und Partei eine Aufregung und Erbitterung gegen die Deutschen hervorruft, weil er seine Leser hauptsächlich unter den Deutsch-Liberalen findet. Vielleicht ist es nicht überflüssig, daß ich bemerke, daß jenes Memorandum, welches dem Artikel des „Triglav“ angeschlossen ist, dessen Inhalt theilweise dem Artikel der „Presse“ angefügt wurde, daß eben dieses Memorandum den bewußten Zweck nicht erreicht hat, da derjenige Zweck, welchen die Herren angestrebt haben, Mißthug und die Ueberreicherung des Memorandums einfach auf die Staatsgrundgesetze gewiesen worden sind. (Heiterkeit.)

Staatsanwalt (zum Angeklagten.): Ich frage Sie, wie groß ist der Leserkreis des „Triglav“?

A. Das Blatt hat etwas über 400 Abonnenten.

Beisitzer L. G. R. Gertscher: Sie haben den Artikel nicht selbst verfaßt; können Sie auch angeben, ob Sie den Artikel gelesen haben, bevor er gedruckt und ausgegeben wurde?

A. Ich habe ihn, bevor er zum Druck gekommen ist, gelesen, weil er gelesen werden muß, um orthographische, stilistische Stellen zu berichtigen oder einzelne Stellen zu eliminieren oder nicht aufnehmen zu wollen. Ich habe aber den Aufsatz, nachdem er mir in späterer Zeit zugekommen ist, nur in stilistischer Beziehung durchgesehen und habe einige Ausdrücke geändert und dann den Artikel dem Druck übergeben.

Beisitzer L. G. R. Gertscher: Haben Sie ihn noch vor seiner Ausgabe gelesen?

A. Vor der Herausgabe habe ich ihn behufs der Revision gelesen, um die Fehler zu vergleichen und zu verbessern, welche darin vorkommen.

Beisitzer L. G. R. Gertscher: Ist Ihnen der Inhalt der Druckschrift, nämlich des Aufsatzes vorgeschwebt?

A. Der Inhalt der Druckschrift war mir bekannt; ich habe aber nichts Anstößiges darinnen gefunden, allerdings ohne weiter tiefer in den Aufsatz einzudringen oder ihn einer näheren Prüfung zu unterziehen, nachdem mir auch noch die Artikel der „Presse“ im frischen Gedächtnisse waren und ich mir eben dachte, daß der mir gegebene Artikel nur in eben demselben Sinne, wie die Artikel der „Presse“ angeregt worden sind, antworte.

B. (zum Staatsanwalt). Ich bitte Herr Staatsanwalt! St. A. Ich werde meine Schlussanträge kurz fassen. Ich berufe mich auf die Anklageschrift und auf meine mündliche Begründung und Entwicklung derselben.

B. Insbesondere wollen Herr Staatsanwalt sich auch über die formelle Einwendung äußern.

St. A. (fortfahrend:) Ich übergebe nun auf die Einwendungen des Herrn Angeklagten und bemerke nämlich in formeller Beziehung Folgendes: Allerdings heißt es im § 11 des Strafverfahrens in Preßsachen, daß in dem Schriftstücke die bezüglichen Stellen anzuführen seien; allein meine Anklage basiert sich auf den Gesamteindruck; die einzelnen, besonders hervorgehobenen Stellen habe ich in der Entwicklung der Anklage hier begründet, wodurch dem Angeklagten

Gelegenheit geboten worden ist, sich umständlich darüber auszusprechen und dasjenige geltend zu machen, was er in Bezug auf die Schreibweise, die Tendenz und den Inhalt einzelner Stellen einwenden zu können glaubte. — Ich glaube also, daß dieses Schriftstück kein formelles Gebrechen enthält.

Daß dem Artikel eine Polemik zu Grunde liege, hat der Herr Redacteur auch selbst zugestanden, und aus diesem Grunde hat es auch der hohe Gerichtshof für angemessen gefunden, gerade den Artikel der „Presse“ vorlesen zu lassen. Allein der Artikel an sich geht, sowohl im Ganzen als in den einzelnen Stellen, weit über die Grenze einer besonnenen, vernünftigen Polemik hinaus. Dieses gibt ja der Herr Redacteur selbst zu und glaubt auch, daß er diesen Artikel zu flüchtig gelesen habe; hätte er ihn sorgfältiger gelesen und erwogen, so würde er mehr hinweggestrichen haben, ehe er ihn in den Druck legte.

Was in auswärtigen Journalen gegen die Slovenen und die nationale Partei im Lande geschrieben wurde, ist nicht Gegenstand unserer heutigen Erörterung und gehört auch nicht in die Competenz dieses hohen Gerichtshofes. Wenn aber der Herr Angeklagte seine weit gehenden Entschuldigungen vorzugewisse darauf basiert, daß er nur diese Correspondenzen, diese colportirten, übertriebenen Darstellungen der Jescha-Affaire, das besagte Memorandum u. s. w. vorlegen wollte, so glaube ich, hat auch der Artikel in dieser Richtung seiner Aufgabe durchaus nicht entsprochen.

Der Herr Redacteur nannte den Artikel schwunghaft. Beigott! darin liegt gar kein Schwung; es sind zwar überschwengliche, plumpe und viele derbe, triviale Ausdrücke darin, aber nicht im entferntesten ein Schwung, so wenig als wie irgend eine Spur von einer staatsmännischen Weisheit, und diese soll doch der Redacteur einer periodischen Druckschrift, in welcher er zum großen Lesepublicum spricht, stets vor Augen haben.

Ich kann also nichts anderes beantragen, als daß der hohe Gerichtshof auf Grund meiner Anklage das Schuldig-erkennniß gegen den Redacteur Peter Grasselli, und zwar wegen des Vergehens des § 302 St. G., aussprechen möge. Der Herr Redacteur hat die Verantwortlichkeit auf sich genommen, er ist geständig, folglich des Geständnisses halber abzuweichen.

Die gesetzliche Strafe ist im § 302 ausgemessen mit strengem Arrest von 3—6 Monaten. Diese Strafe kann sogar nach § 305 in Fällen, als solche Vergehen durch Druckschriften begangen werden, bis zu einem Jahre strengem Arrest erhöht, und kann weiters auch mit der Abschaffung aus dem Dite u. verbunden werden.

Wenn ich gleich bei diesem Artikel es als erschwerend in Anbetracht ziehen muß, daß er eben zur Zeit geschrieben wurde, in welcher durch diese letzte Jescha-Affaire die Stimmung ohnehin im hohen Grade aufgeregt war, wenn ich es wirklich in dieser Richtung als erschwerend ansehen muß, daß so vielfache und böswillige Ausfälle in diesem Artikel auf die Deutschen und auf ihre Anhänger im Lande Ausdruck gefunden haben, so glaube ich dennoch, daß der höhere Strassatz des § 305 nicht in Anwendung zu kommen habe; ich halte mich vielmehr an den Strassatz des § 302 St. G. mit dem Strafausmaße strengen Arrestes von 3—6 Monaten.

Ich bringe dagegen als mildernd auch in Anbetracht, daß der Herr Redacteur nicht der eigentliche Verfasser des Artikels ist, wenigstens liegt diesfalls kein directer Beweis gegen ihn vor, daß ferner der Herr Redacteur bisher unbescholtenen Lebenswandels ist, überhaupt ein Mann, der sich bisher unter seinen Mitbürgern stets der Achtung erfreute, daß das Journal „Triglav“ überhaupt bisher noch keinen derartigen Anstand vor Gericht gehabt hat.

Mit Rücksicht auf diese Milderungsgründe halte ich mich an den geringsten Strassatz und überlasse der Beurtheilung des hohen Gerichtshofes, in Anwendung des § 266 auch noch eine Milderung der gesetzlichen Strafe eintreten zu lassen.

Wenn der hohe Gerichtshof den Angeklagten als „schuldig“ erkennt, so habe ich nach Vorschrift des Preßverfahrens noch weitere Anträge zu stellen; es ist nämlich nach § 35 bei der Beurtheilung wegen des Inhaltes einer Druckschrift auch stets ein Cautionsverfall gesetzlich zu verfügen, in welcher Beziehung, wenn die That ein Vergehen begründet, das Verfalls-Minimum 60 Gulden beträgt, unter welches Minimum nicht herabgegangen werden kann. Ich beantrage einen Cautionsverfall von 100 fl. zum Localarmenfonde.

Ich habe weiter nach § 36 des Preßgesetzes zu beantragen, der hohe Gerichtshof möge mit dem Urtheile zugleich das Verbot der Weiterverbreitung des Blattes Nr. 25 des „Triglav“ und zugleich die Kundmachung des Verbotes veranlassen, endlich nach § 39 des Preßgesetzes die Veröffentlichung des rechtskräftigen Strafverurtheilnisses durch den Herrn Redacteur und auf dessen Kosten in der Zeitschrift „Triglav“ anordnen.

A. Darauf erwidere ich, daß der Umstand, daß die Form, wie selbe im § 11 in Preßsachen vorgeschrieben ist, nicht eingehalten worden ist, nicht so unwichtig ist, wie der Herr Staatsanwalt es vorgebracht hat; ich habe es schon früher hervorgehoben, daß ich dadurch in meiner Vertheidigung verkürzt worden bin, und zwar weil mir ein großer Theil der vorgebrachten Inculpationen erst hier bekannt worden ist; ich glaube daher, daß schon wegen dieses Umstandes, daß die gesetzlichen Anforderungen fehlen, meine Verurtheilung nicht erfolgen könne. Zweitens, glaube ich, kann meine Verurtheilung auch darum nicht erfolgen, weil der § 302 des Strafgesetzes auf den incriminirten Artikel keine Anwen-

dung findet, nachdem darin kein Angriff auf die Nationalität, kein Angriff auf einen Volksstamm, noch irgendwie eine Aufforderung oder Aufreizung zu Feindseligkeiten enthalten ist. Noch habe ich hinzuzufügen, daß ich nicht der Verfasser bin und daß der hohe Gerichtshof es nicht verfehlen wird, daß es nicht leicht ist, vor der Drucklegung und Veröffentlichung eines Artikels zu beurtheilen, ob nicht vielleicht irgend welche Stelle oder ein Ausdruck besser ganz weggelassen werden könnte. Ich führe weiters noch einmal an, und das ist nicht ohne Bedeutung und wäre wohl darauf Rücksicht zu nehmen, — daß der Artikel unter dem Eindrucke der in der „Presse“ erschienenen Artikel und anderer Blätter und Correspondenzen mir zugekommen ist und daß dieser Eindruck doch auch hiebei in Betracht kommen müsse.

Mit Rücksicht auf die von mir vorgebrachten Ausführungen in Bezug auf den Gang der heutigen Verhandlung erwarte ich daher meine Freisprechung.

Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Urtheilsschöpfung zurück. Nach einstündiger Berathung giebt der Vorsitzende das gefällte Urtheil kund, dem gemäß Peter Grasselli im Sinne der §§ 5, 7 und 302 St. G., dann des § 28 des Preßgesetzes des durch eine Druckschrift begangenen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung für schuldig erkannt und zu 5 Wochen Arrest, verschärft durch einmal Fasten in der Woche, dann zum Ersatze der Gerichtskosten und zu einem Cautionsverluste von 60 fl. verurtheilt wurde. Außerdem wurde auf das Verbot der Weiterverbreitung der beanstandeten Druckschrift und auf Einrückung des Strafverurtheilnisses in das nächste Wochenblatt des „Triglav“ erkannt. Der Angeklagte legte Berufung ein, der Staatsanwalt begab sich derselben.

Locales.

— (Die Firmung) wird durch Se. fürstbischöfliche Gnaden am 16. d. in Preßer und am 19. in Gutenfeld vorgenommen werden.

— (Gartenfest.) Falls Jupiter Pluvius es gestattet, findet heute, sonst morgen Abends ein von dem bekannten Restaurateur Herrn Lausch in den Gartenlocalitäten des Gasthauses zu den „drei Raben“ veranstaltetes Gartenfest mit Besscheiben, Illumination u. s. w. statt.

— (Diöcesanveränderungen.) Uebersetzungen: Die Herren Anton Peterlin aus Egg, nach Altenmarkt bei Laas; Georg Dornovsek aus Egg nach Egg; Mathias Absc aus Watsch nach Egg; Raimund Kalan aus Stein nach Watsch; Blas Muhovic aus Radmannsdorf nach Stein. Gestorben Herr Josef Novak, Pfarrer in Kolovrat.

— (Bad Krapina-Töplih.) Vom 20. bis 28. Juni waren 96 Gäste eingetroffen. Gesamtzahl bis hin 704.

Aus der Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Juli.

Herr Vicebürgermeister Dr. Suppan theilt nach Beantwortung der vom Herrn St. A. Stedry gestellten Interpellation in Betreff der Cultivirung des Moosrastrains „Hauptmanca“ und des Golovec, sowie hinsichtlich der Grasfischung an den Uferböschungen des Gruber'schen Canals, die Einläufe mit und zwar:

1. Die Anzeige des Waisenhauscomité über die Erfüllung seiner Mission (s. Bericht in der Laib. Ztg. Nr. 148 vom 1. d. M.)

Herr Dr. Kaltenegger stellt den Antrag, die k. k. Landesregierung und den Landesauschuß von der Auflösung des Waisenhauscomité's mit dem Ersuchen in Kenntniß zu setzen, es seien die anzubahnenden Verhandlungen mit dem fürstbischöflichen Ordinariate wegen Activirung der Maria Svetina'schen Widmung des Hauses Nr. 73 zu einem Waisenhaus dem Gemeinderathe wegen Abordnung eines oder mehrerer Mitglieder zu denselben im Interesse des städt. Stiftungsvermögens mitzutheilen. Dieser Antrag wurde ohne Discussion angenommen.

2. Dem Kanzleipracticanten Tertnik wird behufs der Militärabrichtung ein achtwöchentlicher Urlaub mit Belassung des Diurnums bewilligt.

3. Theilt der Vicebürgermeister mit, daß ihm nachfolgendes Decret der k. k. Landesregierung zugekommen sei:

Nachdem ein strafgerichtliches Einschreiten gegen den Herrn Bürgermeister Dr. Costa aus Anlaß des Socolisten-Excesses vom 23/24. Juli 1867 in Folge des obergerichtlichen bestätigten Einstellungsbeschlusses des hiesigen k. k. Landesgerichtes ferner nicht stattfindet, und nachdem ein Grund zur weiteren Aufrechterhaltung der mit Erlaß vom 25ten September 1867, B. 2417/P., zeitweilig verfügten Amtsenthebung des genannten Bürgermeisters nicht vorhanden ist, so lade ich den Herrn Dr. Costa mittelst des anverwahrten Schreibens, welches Schreiben ihm Herr Bürgermeister Stellvertreter gefälligst behändigen wollen, unter Einem ein, seine Amtsfähigkeit als Bürgermeister von Laibach wieder anzutreten.

Insoferne jedoch ungeachtet des erwähnten strafgerichtlichen Einstellungsbeschlusses das Benehmen des Herrn Bürgermeisters Dr. Costa in der Angelegenheit, die zur strafgerichtlichen Untersuchung Anlaß gab, incorrect und nicht pflichtgemäß war und es genügenden Grund zu einem Dis-

ciplinareinschreiben gegen ihn darbietet, so wird dem Gemeinderathe, welcher nach § 96 des Gemeindestatutes für Laibach zu einem solchen Disciplinäreinschreiben berechtigt erscheint, diesfalls die erforderlichen Einleitungen zu treffen. — Sollte der Gemeinderath zu diesem Behufe die einschlägigen Verhandlungsacten benötigen, so wäre dies besonders zu meiner Kenntniß zu bringen.

Der Bürgermeister untersteht nach dem oben berufenen § 96 des Gemeindestatutes bezüglich seiner polizeilichen Amtshandlungen der Controle des Gemeinderathes und er ist diesem letzteren in dieser Beziehung verantwortlich (§§ 104 und 109 G. St.), der Gemeinderath erscheint daher auch befugt und rüchsiglich verpflichtet, im Falle pflichtwidriger Amtirung nicht nur derselben Schranken zu setzen und ihre fühlbaren Folgen zu beseitigen, sondern auch entsprechende Verfügungen zur möglichsten Verhütung eines solchen Vorkommnisses zu treffen.

Ich finde mich deshalb veranlaßt, den Gemeinderath auf diese seine Stellung und Verpflichtung gegenüber den ihm bekannten Vorfällen des vorigen Jahres, welche zu dem nun aufgehobenen außerordentlichen Maßregeln den Anlaß gaben, aufmerksam zu machen und denselben unter Berufung auf den § 110 des G. St. aufzufordern, solche Maßnahmen zu treffen, durch welche der Regierung genügende Garantie geboten wird, daß fernerhin eine correcte und von jeder Parteinahme freie Handhabung der Polizeigewalt stattfindet.

Ueber die in dieser Richtung vorgekehrten Schritte erwarte ich seinerzeit die besondere umständliche Anzeige.
Laibach, 1. Juli 1868.

v. Conrad.

An den G. R. zu Händen u.

Ueber Antrag des Vicebürgermeisters Dr. Suppan wird mit Rücksicht auf die in dem Decrete enthaltene Hindeutung auf zu fassende Gemeinderathsbeschlüsse der Gegenstand der vereinigten Rechts- und Polizeisection zur Vorberathung zugewiesen.

GR. Albert Samassa stellt den Dringlichkeitsantrag, es seien dem Herrn Bürgermeister mit Rücksicht auf den Wiedereintritt in sein Amt die Functionsgebühren vom 1. d. M. wieder anzuweisen.

Herr Bürgermeister Dr. Costa erklärt, diese Bezüge gebühren ihm für die Dauer seiner Wahl und es seien ihm dieselben auch nie sistirt worden, es bedürfe daher keiner neuerlichen Anweisung.

GR. Samassa modificirt über diese Aufklärung seinen Antrag dahin, es sei die Frage, ob der Herr Bürgermeister zum Fortbezuge seiner Gebühren während der Dauer seiner Suspension berechtigt war, der Rechtssection zur Berathung zuzuwenden; welcher Antrag angenommen wird.

Herr Bürgermeister Dr. Costa übernimmt, nach dem ihm das Intimationsdecret der k. k. Landesregierung durch den Herrn Vicebürgermeister eingehändigt worden, den Vorsatz und drückt den Wunsch aus, „es möge die Versammlung zum Wohle der Stadt in gedeihlicher und einträchtiger Weise wirken.“

(Schluß folgt)

Eingefendet.

In unserer Zeitschrift vom 28. Juni veröffentlichten wir eine Correspondenz der Zeitschrift „Sport“ (betreffend die von F. J. Kowiza in Kornenburg neu erfundene Hufsalbe). Heute führen wir nachfolgendes, im „Sport“ Nr. 12 enthaltene Schreiben an.

An Herrn Franz Johann Kowiza in Kornenburg, Wien, den 24. Februar 1868.

Der Erfolg, welchen ich bei mehrfacher Anwendung Ihrer „Pferde-Hufsalbe“ für spröde und brüchige Hufe machte, war ein enormer.

Ich habe unter anderem einen 17-jährigen Hengst*), welcher in Folge seiner spröden vorherigen Hufe und eines vernarbten Hornpaltes seit Wochen dienstuntauglich war, mit Ihrer Salbe behandelt.

Schon am dritten Tage nach dem ersten Baden und Einreiben schonte das Pferd ersichtlich weniger und am siebenten Tage ging es nicht mehr krumm, und seit dieser Zeit versteht das Pferd wieder täglich seinen Dienst, ohne auch nur im geringsten zu schmerzen.

Der Huf ist vollkommen elastisch und der neue Nachwuchs

*) Das Pferd steht in der Theresianischen Akademie und kann täglich gesehen werden.

Näheres die Annonce im heutigen Blatte.

von der Krone zeigt sich als sehr gesund, was leider früher nie der Fall war.

Ich kann daher nur der Wahrheit gemäß Ihre Hufsalbe jedem Pferdebesitzer auf das beste empfehlen, und ich thue es um so lieber, da ich aus eigener Erfahrung weiß, welchen großen Kummer kranke Hufe oft den Pferdebesitzern machen.

W i l h e l m B u c h w a l d,

k. k. Reitlehrer der Theresianischen Akademie, vorm. Rittmeister.

Neueste Post.

Peß, 2. Juli. Die Magnatentafel nahm die Gesekentwürfe betreffs der Tabak-, Lotto-, Bier-, Branntwein-, Zucker-, Wein- und Fleischsteuer in der General- und Specialdebatte unverändert an. — Die Deputirtentafel hat das Stempelgesetz in dritter Lesung angenommen. Die dritte Section meldete ein Separatvotum zum Grund- und Haussteuergesetz an.

Florenz, 2. Juli. Alle Kammerbureaux haben dem Tabakpachtvertrage günstig gestimmte Berichterstatter gewählt.

Paris, 2. Juli. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Fortsetzung der Budgetdebatte. Finanzminister Magne erklärt: Die Prüfung, in die er eingehe, habe den dreifachen Zweck, die wahre Sachlage aufrichtig anzuerkennen, auf gute Rathschläge zu hören und Uebertreibungen und Irrthümer zu bekämpfen. Die Schwierigkeiten der Lage, welche die Regierung vorfand, sind aus den Ereignissen der zwei letzten Jahre hervorgegangen.

Es gibt zwei Arten zu einem Frieden zu gelangen: Allgemeine Entwaffnung oder eine Entwaffnung, welche jener der anderen Völker entspricht. Nun, Frankreich kann nicht ruhiger Zuschauer der Rüstungen anderer bleiben; die militärischen Bemühungen würden aber ohnmächtig bleiben, wenn der Stand der Finanzen ein ungenügender wäre. Der Minister gibt im Verlaufe seiner Rede ein Exposé der finanziellen Lage.

Belgrad, 2. Juli. Fürst Milan wurde überall mit Enthusiasmus begrüßt. Derselbe sprach in der Skupschina nach erfolgter Wahl zum Fürsten Folgendes: Obwohl noch jung, werde ich aus allen meinen Kräften lernen, mein Volk glücklich zu machen. Hierauf hielt er in Oberstenuniform unter endlosem Jubel die Rede über das Militär ab. Die Abgeordneten von Belgrad schlugen als Regentschaft vor: Den Kriegsminister Blaznavac, den ehemaligen Minister des Aeußern Johann Ristic und den Senator Gavrilovic. Die Genannten wurden von der Skupschina einstimmig bestätigt. Fünfhundertunddrei Mitglieder der Skupschina waren anwesend. Die Civilliste des verstorbenen Fürsten Michael 200.000 fl. CM. wurde als maßgebend für den Fürsten Milan bestätigt. Morgen ist die zweite Sitzung der Skupschina, um ein neues Ministerium zu wählen.

Belgrad, 2. Juli. Alle Consulate begrüßten die Wahl des Fürsten Milan durch Aufkissen ihrer betreffenden Flaggen. Der Fürst verließ die Skupschina unter Kanonensalven und ritt in Begleitung des Kriegsministers, Metropolitens und mehrerer Staatswürdenträger so wie je einer Abtheilung der regulären und der Nationalcavalerie durch die Stadt, und nahm sodann in der Stadtkaserne und in der Festung den Eid der Treue ab. Der Fürst wurde überall von einer ungeheuren Volksmenge mit Jubel begrüßt. Morgen findet in der Kathedrale die feierliche Salbung des neuen Fürsten statt.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 3. Juli.

Spec. Metalliques 57.90. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.80. — Spec. National Antehen 62.80. — 1860er Staatsanlehen 87.30. — Bankactien 742. — Creditactien 195.90. — London 115.15. — Silber 112.60. — R. 1 Ducaten 5.47.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Schwebende Schuld. Zu Ende Juni 1868 befanden sich laut Kundmachung der Commission zur Controle der Staatsschuld im Umlaufe: an Partialhypothekendarlehen 99,572,257 fl. 50 kr.; 2. an zu Staatsnoten erklärten Ein- und Fünftguldensbanknoten 20,508,640 fl., an förmlichen Staatsnoten 279,067,109 fl., an Münzschulden zu zehn Kreuzern 12,320,306 fl. 60 kr., im Ganzen 411,468,313 fl. 10 kr.

Verstorbene.

Den 25. Juni. Dem Johann Kacer, Hausbesitzer, sein Kind Ferdinand, alt 11 Wochen, in der Tirnavorstadt Nr. 6, am Fiebersieber.

Den 26. Juni. Dem Herrn Otto Schack, evangelischer Pfarrer, sein Kind Hedwig, alt 4 Monate und 9 Tage, in der Kapuzinervorstadt Nr. 88, am Durchfalle. — Dem wohlgebornen Herrn Anton Ritter v. Bosizio, Ingenieur bei der k. k. priv. Südbahngesellschaft, sein Kind Theresia, alt 6 Monate, in der Stadt Nr. 199, an der Entkräftung.

Den 27. Juni. Agnes Garjol, Inwohnerin, alt 61 Jahre, ins Civilspital Sterbend überbracht. — Simon Zepman, Inwohner, alt 49 Jahre, im Civilspital an der allgemeinen Wassersucht. — Dem Herrn Jakob Cit, Kleiderverläufer, sein Kind Josef Franz, alt 4 Monate, in der Stadt Nr. 16, am Fiebersieber. — Dem Herrn Michael Ukal, Maler, sein Kind Karl, alt 7 Monate, in der Tirnavorstadt Nr. 9, am Scharlachfriesel.

Den 28. Juni. Dem Herrn Franz Brigel, Schmied und Hausbesitzer, sein Kind Johanna, alt 10 Wochen, in der St. Petersvorstadt (na Friskovo) Nr. 164, an Fraisen.

Den 29. Juni. Herr Franz Dominig, pens. k. k. Staatsbuchhaltungs-Rechnungs-Official, alt 75 Jahre, in der Stadt Nr. 311, an einem organischen Herzleiden. — Frau Maria Herzum, Musiklehrerswitwe, alt 77 Jahre, in der Stadt Nr. 275, an der Altersschwäche.

Den 30. Juni. Herr Leopold Haufen, gewesener Agent, alt 44 Jahre, im Civilspital an der Zerfetzung der Säfte. Franz Wlaker, Maurer, alt 32 Jahre, im Civilspital an Brightscher Nierenentartung.

Den 1. Juli. Die hochwohlgeborene Frau Johanna von Baschutti, geborene Frein von Füllenberg, k. k. Majorswitwe, alt 69 Jahre, in der Stadt Nr. 148, am Nerven Schlag. Dem Herrn Anton Kancic, Schuhmacher, sein Kind Maria, alt 4 Monate, in der Polanavorstadt Nr. 57, am Durchfalle.

Anmerkung: Im Monate Juni 1868 sind 69 Personen gestorben, unter diesen waren 44 männlichen und 25 weiblichen Geschlechts.

Angekommene Fremde.

Am 1. Juli.

Stadt Wien. Die Herren: Wattoma, Kaufm., von Wien. — Schwarz, von Graz. — Zinbaf, von Töplitz. — Morawitz, von Roitsch.

Elefant. Die Herren: Baron Tauffrey, Gutsbes., von Weizelberg. — Thomann, Fabricant, Steinbühl. — Buchsbaum, Agent; Doneg, Privat, und Greso, Großhändl., von Wien. — Weiner, Privat, von Oberkain. — Berger, Kaufm.; Mittlerer, Geschäftsreisender, und Dornig, Gutsbes., von Graz. — Geiger, Handelsm., von Krainburg. — Die Frauen: Liebmann Sara, Liebmann Regina und Italia von Triest.

Bairischer Hof. Die Herren: Gubner, von Reichenburg. — Feschl, von Krainburg.

Kaiser von Oesterreich. Herr Pawliczel, k. k. Oberlieut., von Warasdin.

Für die arme Frau mit 3 Kindern

sind eingegangen:

Vom Herrn S. 2 fl.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juli	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Wiener Einheiten auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Menge des Niederschlags in Wiener Einheiten
1	6 U. Mg.	324.35	+ 9.6	windstill	Regen
2	2 „ N.	324.21	+ 15.1	windstill	größth. bew.
3	10 „ Ab.	324.23	+ 11.1	windstill	halbbheiter

Nachts Regen. Vormittag gelichtet, Nachmittag Aufheiterung in R. Doppelter Wolkenzug; unten aus N.O., oben aus W. Das Tagesmittel der Wärme um 3.2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Allen jenen, welche während der langen und schweren Krankheit meiner unvergeßlichen Mutter, der Frau Majors-Witwe

Johanna Baschutti

uns so viele Theilnahme bewiesen haben, und Allen, welche gestern ihrem Leichenbegängnisse beizuwohnen so gütig waren, sage ich mit gerührtem Herzen den wärmsten Dank.

Laibach, am 4. Juli 1868.

Caroline Andelmann geb. Baschutti, Majors-Gattin.

Börsenbericht.

Wien, 2. Juli. Nur in Papieren entwickelte sich ein umfangreiches Geschäft zu steigenden Course, während Devisen und Valuten zur gewöhnlichen Notiz mehr Geber als Nehmer schlossen. Geld minder flüssig.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)		
	Geld	Waare
In d. B. zu 5 pCt. für 100 fl.	55.25	55.50
detto v. J. 1866	59.40	59.50
detto rückzahlbar (1)	94.50	94.75
Silber-Anlehen von 1864	68.50	69.50
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb. in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	73.50	74. —
Nat.-Anl. mit Jan.-Comp. zu 5%	63. —	63.25
Metalliques „ 5 „	63. —	63.25
detto mit Mai-Comp. „ 5 „	57.90	58. —
detto „ 5 „	58.80	59. —
Mit Verlos. v. J. 1839 „ 4 „	52.25	52.50
„ „ „ 1854 „ 4 „	166. —	166.50
„ „ „ 1860 „ 4 „	79.50	80. —
„ „ „ 1864 zu 500 fl.	87.40	87.50
„ „ „ 1860 „ 100 „	96. —	96.50
„ „ „ 1864 „ 100 „	92.10	92.20
Como-Rentenlsh. zu 42 L. ausl.	22.75	22.25
Domainen Specie in Silber	106.50	107. —
B. der Kronländer (für 100 fl.)		
	Gr.-Entl.-Oblig.	
Niederösterreich „ zu 5%	85.75	86. —
Oberösterreich „ 5 „	87.50	88. —

	Geld	Waare
Salzburg	5 „	87. —
Böhmen	5 „	91.50
Mähren	5 „	88.50
Schlesien	5 „	88.50
Stetermark	5 „	86.75
Ungarn	5 „	75.75
Temeser-Banat	5 „	73. —
Croatien und Slavonien „ 5 „	75. —	75.50
Galizien	5 „	66. —
Siebenbürgen	5 „	69.50
Bukovina	5 „	64.75
Ung. m. d. B.-E. 1867 „ 5 „	72.50	73. —
Tem. B. m. d. B.-E. 1867 „ 5 „	72.25	72.50

Action (pr. Stück).

	Geld	Waare
Nationalbank	744. —	745. —
Kaiser Ferdinands-Nordbahn zu 1000 fl. d. B.	1792. —	1795. —
Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. B.	194.90	195. —
N. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. d. B.	605. —	608. —
Staats-Eisenb.-Ges. zu 200 fl. CM.	256.10	256.30
oder 500 fr. (G.-Div.)	162. —	162.50
Kais. Eis. Bahn zu 200 fl. CM.	148. —	148.50
Südb.-nordb. Ver.-B. 200 „	148. —	148.50

	Geld	Waare
Südb.-St.-L.-ven. u. z.-i. E. 200 fl.	180.80	181. —
Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. CM.	207.25	207.50
Böhm. Westbahn zu 200 fl. „	154.75	155. —
Deft. Don.-Dampfsch.-Ges. „	524. —	525. —
Oesterreich. Lloyd in Triest „	240. —	241. —
Wien.-Dampfsch.-Actg. „	385. —	390. —
Best. Kettenbrücke „	420. —	430. —
Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	146.25	146.75
Lemberg Czernowitzer Actien „	184. —	184.50

Pfandbriefe (für 100 fl.)

	Geld	Waare
Nationalbank auf d. B. verlosb. 5 „	97.10	97.30
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	92.50	92.70
Allg. öst. Credit-Anstalt verlosb. zu 5% in Silber	92.25	92.75
Nationalb. auf d. B. verlosb. 5 „	92.50	92.70
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	92.25	92.75
Allg. öst. Credit-Anstalt verlosb. zu 5% in Silber	98.75	99.25

Loose (pr. Stück.)

	Geld	Waare
Cred.-A. f. d. u. G. z. 100 fl. d. B.	134.50	135. —
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. CM.	90.50	91.50
Stadtb. Wien „ 40 „ d. B.	25. —	26. —
Esterhazy „ 40 fl. CM.	175. —	—
Salm „ 40 „ „	35. —	35.50

	Geld	Waare
Balfy zu 40 fl. CM.	27. —	27.50
Clary „ 40 „ „	28. —	28.50
St. Genois „ 40 „ „	25.50	25.75
Windischgrätz „ 20 „ „	20. —	20.50
Walsstein „ 20 „ „	21.75	22.25
Reglevisch „ 10 „ „	13.25	13.75
Rudolf-Stiftung „ 10 „ „	14. —	14.50

W e c h s e l. (3 Monate.)

	Geld	Waare
Augsburg für 100 fl. südd. B.	96.20	96.60
Frankfurt a. M. 100 fl. „	96.40	96.60
Hamburg, für 100 Mark Banco	85. —	85.25
London für 10 Pf. Sterling	115.40	115.65
Paris für 100 Franks . . .	45.75	45.85

Cours der Geldsorten

	Geld	Waare
R. Münz-Ducaten 5 fl. 50 kr.	5 fl. 50 1/2 kr.	
Napoleon'sd'or . . . 9 „ 20 „	9 „ 21 „	
Russ. Imperials . . . 9 „ 50 „	9 „ 51 „	
Bereinsthaler . . . 1 „ 70 „	1 „ 70 1/2 „	
Silber . . . 113 „ —	113 „ 25 „	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotirung: 85 Geld, 88 Waare.		